

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 9

Artikel: SPD und SED machen bündnisübergreifende Vorschläge : Zone des Vertrauens
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zurückgezogen hat. Im Gegensatz zu Heidemarie Wieczorek-Zeul hält Armin Claus einen Neuanfang programmatisch und strategisch für völlig falsch. Die neue Bezirksvorsitzende verspricht dagegen «frischen Wind», wobei sie in Langen auf selbstkritische Töne nicht verzichtete.

Ihrer Meinung nach herrscht an der Basis der Eindruck vor, «als vermittele unsere Landespolitik kein klares Profil und keinen mitreissenden Elan». In der Entwicklung bis 1987 sieht sie «ein Zuwenig an innerparteilicher Demokratie». Das bezieht sich auf das Ende der rot-grünen Koalition unter Holger Börner. Das von Hessen-Süd unterstützte Bündnis war von einer kleinen Gruppe um den Ministerpräsidenten beendet worden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul warnte in Langen, es dürfe nicht nur ein kleiner Zirkel führender Genossen wichtigste und folgenschwere Entscheidungen treffen. Sie forderte eine verstärkte Kontrolle der Verwaltung «durch mehr Transparenz und bessere Aktenzugangsrechte der Bürger». Nach dem Vorbild skandinavischer Länder und der USA soll ein «Informationsfreiheitsgesetz» einen leichteren Zugang zu Behördenakten ermöglichen.

Abgelehnt wurde dagegen der Vorschlag, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene zu fordern. Der frühere

hessische Innenminister Horst Winterstein warnte davor, Fragen der Ausländerpolitik per Volksentscheid zu lösen. Bei der starken Ablehnung gegenüber Fremden könnten Massnahmen getroffen werden, die dem deutschen Ansehen im Ausland schaden.

Verboten werden sollte dagegen die künstliche Befruchtung ausserhalb des Mutterleibes, um einen Missbrauch der Embryonen auszuschliessen. In Sachen «Frauenquote» sollen zukünftig in der Partei mindestens 40 Prozent aller Funktionen und Mandate von Frauen besetzt werden. Bei den Parteiämtern in Hessen-Süd soll das bis 1990 verwirklicht werden. Wie schwierig das zu verwirklichen ist, zeigte sich bei der Wahl zum neuen Parteivorstand. Bislang gehörten dem 19köpfigen Gremium sieben Frauen an, in Zukunft sind es nur fünf.

In den kommenden Monaten sollten sich die Hessen auf den schwelenden Korruptionsskandal in der Frankfurter Stadtverwaltung konzentrieren und praktikable Kontrollmechanismen vorlegen, die eine Wiederholung ausschliessen. 1989 folgt dann der erste grosse Härtetest, wenn der ehemalige Bundesminister Volker Hauff in Frankfurt antritt, um als Oberbürgermeister gewählt zu werden. Voraussetzung für einen Sieg muss der Schulterchluss zwischen dem linken und rechten Flügel sein.

SPD und SED machen bündnisübergreifende Vorschläge

Zone des Vertrauens

Der Dialog über die Mauer zeigt Resultate

In den ersten Juli-Tagen dieses Jahres hat die gemeinsame Arbeitsgruppe von SPD und SED

ihr neues Papier über sicherheitspolitische Fragen vorgelegt. Der Inhalt dreht sich in erster Li-

nie um vertrauensschaffende Sicherheitsstrukturen für Europa. Wir dokumentieren die Thesen der beiden Parteien in leicht gekürzter Form.

1. Die Chancen für weitere Abrüstungsschritte in Europa

1.1 Nach Inkrafttreten des Abkommens über die Beseitigung aller landgestützten sowjetischen und amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite muss die historische Chance genutzt werden, das alte Denken in den Kategorien militärischer Konfrontation und Abschreckung zu überwinden sowie eine internationale Ordnung des Friedens zu schaffen, die allen Staaten gleiche Sicherheit gibt. (...)

1.2 Erst der Abbau der militärischen Konfrontation eröffnet die reale Möglichkeit, ein europäisches System der gemeinsamen Sicherheit und allseitigen Zusammenarbeit zu entwickeln. SPD und SED teilen die Auffassung der politischen Kräfte, die den Abrüstungsprozess fortsetzen und ihm Dynamik verleihen wollen. Das gilt besonders für Europa und seine zentrale Region mit seiner grössten existierenden Dichte von Streitkräften und Waffen. In diesem Zusammenhang erneuern beide Parteien ihre Forderung, in Wien schnellstens das Mandat für Verhandlungen noch in diesem Jahr über die Reduzierung von Truppen und konventionellen Rüstungen in Europa fertigzustellen. (...)

1.3 Zugleich gilt es, weitere Anstrengungen auf dem Wege zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen in Europa, insbesondere der taktischen Atomwaffen, zu unternehmen. (...)

1.4 Verhandlungen auf der Ebene der Regierungen entbinden politische Parteien in Ost und West nicht von der Verantwortung, den Abrüstungspro-

zess durch eigene Vorschläge und Ideen zu fördern. (...)

1.5 Das Auseinanderrücken der offensivfähigen militärischen Potentiale an der Berührungslinie der beiden Bündnisse wäre ein Schritt zur Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen sowie der Offensivfähigkeit der Streitkräfte. Die Reduzierung von Streitkräften in geschlossenen Verbänden mit ihrer strukturmässigen konventionellen Bewaffnung sowie die Reduzierung und schliessliche Beseitigung der taktischen Atomwaffen bedeuten mehr Sicherheit für alle Bündnisstaaten, vor allem, wenn diese Zone verdünnter Bewaffnung in Regelungen über Stabilität auf geringem Niveau für Zentraleuropa und für Gesamteuropa vom Atlantik bis zum Ural eingebettet wäre.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe setzt ihre Beratungen über Prinzipien und Kriterien einer europäischen Stabilität auf der Basis struktureller Angriffsfähigkeit fort. (...)

2. Für mehr Vertrauen und Sicherheit in Europa

2.1 Die Erfahrungen mit dem Stockholmer Dokument zeigen, dass vertrauensbildende Massnahmen kurzfristig verwirklicht werden können, wobei ihre politisch stabilisierende Wirkung schon vor dem Abschluss einer Vereinbarung über die Reduzierung der Streitkräfte zum Tragen kommen kann.

2.2 Vertrauensbildende Massnahmen sollen nach dem Willen der KSZE-Teilnehmerstaaten das Risiko eines Kriegeausbruchs, unter anderem infolge eines Irrtums oder eines Missverständnisses, durch wechselseitigen Informationsaustausch, Offenheit und Berechenbarkeit verringern. Sie sind militärisch signifikant, politisch bindend, kontrollierbar

und anwendbar vom Atlantik bis zum Ural.

2.3 Als ständige Einrichtung zur wechselseitigen Information über Manöver und andere Ereignisse, die zu Missverständnissen führen können, gibt es bisher direkte Verbindungen zwischen Washington und Moskau und zwischen Paris und Moskau («heisser Draht»), ausserdem die beiden am 22. März 1988 in Betrieb genommenen «Zentren zur Verminderung des nuklearen Risikos» in Washington und Moskau.

2.4 Die europäischen Staaten, insbesondere in der Gefahrenzone entlang der Berührungslinie der Bündnisse, haben eine unmittelbare Verantwortung gegenüber ihren Bürgern, im Rahmen ihrer Souveränität und ihrer Bündnisverpflichtungen das Mögliche zu tun, um Frieden und Stabilität zu sichern. Auch daraus erwächst das Interesse, mit eigenen kooperativen Mitteln Krisen zu vermeiden und Irrtümer oder Missverständnisse selbst unmittelbar zu beseitigen, bevor sie zu einer internationalen Krise führen.

Dem könnten europäische Institutionen und Massnahmen dienen, wie sie auf der Stockholmer Konferenz von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wurden. (...)

3. Unser Vorschlag

3.1 Wir unterbreiten den Regierungen der KSZE-Staaten die nachfolgenden Vorschläge für eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa und empfehlen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, entsprechende Initiativen zu ergreifen.

3.2 Um diese Zone des Vertrauens und der Sicherheit zu schaffen, sind Massnahmen erforderlich, die beide Seiten da-

von überzeugen, dass ungeachtet der noch vorhandenen Kapazitäten keine Absichten zu einem Überraschungsangriff bestehen. Dazu könnten gehören:

a) die Erweiterung der in Stockholm getroffenen Vereinbarungen:

- durch weitere Herabsetzung der Untergrenzen für ankündigungspflichtige Manöver bei der Zahl der Soldaten und Panzer mit einer Ankündigungsfrist von 60 Tagen;

- durch Einschluss der bisher in Stockholm ohne Ergebnis behandelten Fragen der Ankündigung selbständiger Manöver von Luft- und Seestreitkräften zur weiteren Vertrauensbildung, was Umfang und Regionalisierung angeht;

- Manöver mit mehr als 20 000 Soldaten sind zwei Jahre vor Beginn anzukündigen;

- Manöver mit mehr als 40 000 Soldaten finden nicht mehr statt. Das gilt ebenfalls für Manöverserien und Alarmübungen;

- zu allen angemeldeten Manövern werden Beobachter eingeladen.

b) Darüber hinaus:

- die Zahl der Manöver, die ausserhalb von Truppenübungsplätzen durchgeführt werden und Belastungen für die Zivilbevölkerung darstellen, ist deutlich zu begrenzen;

- ankündigungspflichtige Manöver im Sinne dieses Vorschlages finden in einem Bereich von zum Beispiel 50 km beiderseits der Grenze zwischen den beiden Bündnissen nicht mehr statt. Diese vertrauensbildenden Massnahmen sind Vorschläge, die mit allen betroffenen Staaten zu diskutieren und abzustimmen wären.

c) Die zentraleuropäischen Staaten errichten permanente «Zentren der Vertrauensbildung». Deren Aufgabe wäre, militärisch relevante Informationen und Beobachtungser-

gebnisse auszutauschen, um die beteiligten Regierungen in die Lage zu versetzen, Krisensituationen in Zentraleuropa vorzubeugen bzw. sie mit politischen Mitteln zu regeln. Die Zentren würden die gleiche technische Ausstattung erhalten und in direkter Verbindung stehen. Sie wären mit Vertretern und Experten aller beteiligten Länder zu besetzen.

d) Militärische Experten der betreffenden Staaten werden beauftragt, Einzelheiten für ständige gemischte Beobachtungsposten an strategisch wichtigen Punkten zu vereinba-

ren; deren Ergebnisse werden den «Zentren der Vertrauensbildung» mitgeteilt. Alle diese Staaten tauschen Militärattachés aus.

e) Eine gemeinsame europäische Satellitenbeobachtung wird angestrebt, deren Ergebnisse gleichzeitig an alle «Zentren der Vertrauensbildung» übermittelt werden. Sie wäre auch als Instrument aller KSZE-Teilnehmerstaaten denkbar. Damit stünden ihre Ergebnisse allen europäischen Staaten USA und Kanada zur Verfügung.

f) Zusätzlich werden zwischen

den zentraleuropäischen Staaten direkte bilaterale Verbindungen («heisse Drähte») geschaffen. Sie gewährleisten im Falle von Besorgnissen oder Zwischenfällen eine schnelle Verständigung zwischen den Regierungen.

SPD und SED betrachten den Vorschlag für eine «Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa» als eine bündnisübergreifende politische Initiative, offen für Ergänzungen und Präzisierungen sowie offen für alle KSZE-Teilnehmerstaaten. (...)

AZ 8021 Zürich

1.260-2
Zentralbibliothek
Zähringerplatz

8001 Zürich
.....